

# Lagebericht 2012

## 1.1 Allgemeines

Geschäftsgrundlage war im Berichtsjahr 2012 die Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK) in der in der jeweils geltenden Fassung. Gemäß § 62 der ZVK-Satzung beträgt im Versicherungszweig der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) der unverändert gültige Umlagesatz 5,8 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes. Darüber hinaus wird seit dem 01.01.2003 ein Zusatzbeitrag zum Aufbau einer Kapitaldeckung erhoben. Die Höhe des Zusatzbeitrages beträgt im Berichtsjahr weiterhin 3,2 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes.

Geschäftsgrundlage im Bereich der Freiwilligen Versicherung (ZVK PlusPunktRente) für Vertragsabschlüsse bis zum 31.12.2009 sind die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) zum Tarif 2002 in der Fassung der 4. Änderung. Der Tarif 2002 wird im geschlossenen Bestand weiter fortgeführt. Für den Tarif 2002 gelten nach erfolgter Anpassung durch Beschluss des Kassenausschusses ZVK vom 24.02.2011 die AVB mit Stand Februar 2011.

Geschäftsgrundlage für Vertragsabschlüsse in der Freiwilligen Versicherung im Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 30.06.2012 sind die AVB zum Tarif 2009 in der Fassung der 1. Änderung (Stand: April 2012). Die AVB zum Tarif 2009 wurden am 25.09.2009 von der Versicherungsaufsicht der ZVK der Stadt Köln, dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, genehmigt. Die Genehmigung der 1. Änderung erfolgte mit Erlass der Versicherungsaufsicht vom 27.04.2012.

Seit dem 01.07.2012 bietet die ZVK der Stadt Köln im Versicherungszweig der Freiwilligen Versicherung für den Abschluss von neuen Verträgen den geschlechtsneutralen Tarif 2009 Unisex an. Mit diesem Tarif werden die Vorgaben der EU-Richtlinie 2004/113/EG umgesetzt. Die geänderten AVB zum Tarif 2009 Unisex (Tarif 2012) wurden mit Erlass der Versicherungsaufsicht vom 27.04.2012 genehmigt.

Der Jahresabschluss 2012 wurde unter Berücksichtigung der Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der Fassung vom 20. Dezember 2012 erstellt.

## 1.2 Geschäftsverlauf

In der **Pflichtversicherung** sind die **Beiträge aus Umlagen** gegenüber dem Vorjahr um rund TEuro 2.030 auf TEuro 75.859 gestiegen. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die tariflichen Vergütungssteigerungen im Jahr 2012 und Vergütungserhöhungen aufgrund der durchschnittlichen Alterssteigerung bei den Beschäftigten der Mitglieder. **Zusatzbeiträge** sind insgesamt im Jahr 2012 in Höhe von TEuro 41.456 (Vorjahr TEuro 39.766) zugeflossen.

Im Versicherungszweig der **Freiwilligen Versicherung** sind für das Jahr 2012 TEuro 3.880 (Vorjahr TEuro 3.792) an **Beiträgen** sowie TEuro 304 (Vorjahr TEuro 296) an durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen überwiesenen Zulagen nach der „Riester“-Förderung eingegangen.

Die **Gesamtaufwendungen für Versicherungsfälle** in der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung sind 2012 inklusive Beitragsüberleitung und Beitragsrückgewähr insgesamt um TEuro 2.174 auf TEuro 89.493 (Vorjahr TEuro 87.319) gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Dynamisierung der Betriebsrenten um 1 % zum 01.07.2012 zurückzuführen.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis einschließlich der Kosten für die Kapitalanlagen, der realisierten Kursgewinne beziehungsweise Kursverluste, der Zuschreibungen und Abschreibungen, hat sich im Berichtsjahr um 5.728 TEuro auf 28.849 TEuro gegenüber TEuro 23.121 im Jahr 2011 erhöht.

Das Kapitalanlageergebnis wird durch die folgenden wesentlichen Fakten beschrieben:

- Im Jahr 2012 unterschritten die Durchschnittsrenditen deutscher Staatsanleihen im Zuge der Ratingabstufungen europäischer Nachbarländer mit 1,2 % historische Tiefststände. In Verbindung mit einer moderaten Inflation führte dies selbst in den mittelfristigen Laufzeiten zu negativen Realrenditen. Zur Vermeidung einer unkontrollierten Auswirkung der Euro Staatskrise auf die Bankenwelt hat die EZB im Berichtsjahr massiv Liquidität zum anhaltend niedrigen Notenbankzins zur Verfügung gestellt. Ab Mitte des Jahres führte dies in Verbindung mit tendenziellen Erholungen der wirtschaftlichen Frühindikatoren zu ansteigenden Rohstoff- und Aktienpreisen. Der Dax beendete das Jahr nach einem Start mit 6.111 Punkten bei einem Stand von 7.682 Punkten, gleichzeitig fielen die Durchschnittsrenditen deutscher Staatsanleihen auf unter 1,5 %. Die Renditen paneuropäischer Immobilien fielen im Durchschnitt ebenfalls auf Grund der Schwäche einzelner Länder wie Spanien und der hohen Nachfrage nach guten Lagen im Niedrigzinsumfeld auf 4,3 % (6,6 % im Vorjahr), die Ausschüttungsrenditen fielen jedoch nur moderat und bewegten sich im Schnitt bei 5,5 %.
- Als Reaktion auf das anhaltend niedrige Zinsniveau hat die ZVK im Verlauf des Jahres 2012 insbesondere deutsche Staatsanleihen mit deutlichen Kursgewinnen im Masterfonds verkauft und zwei Mandate mit dem Schwerpunkt Staatsanleihen/Aktien Europa beziehungsweise Deutschland zu einem aktiv verwalteten Mandat zusammengelegt. In Verbindung mit der Aufstockung von Unternehmensanleihen Ende des Jahres 2011 und Anfang des Jahres 2012 konnte der Masterfonds somit erheblich von den realisierten und unrealisierten Gewinnen im Anleihen und Aktienbereich profitieren.
- Die aus dem Verkauf resultierenden Mittel wurden zum Aufbau der Immobilienbestände im Core Bereich Deutschland Handel und Büro verwendet und standen zur Direktanlage zur Verfügung. Diese konnte jedoch erst gegen Anfang des Jahres 2013 nach einer (zunächst vorübergehenden) Absenkung der Mindestverzinsung in den Anlagerichtlinien der ZVK auf 3 % p.a. realisiert werden.
- Der Masterfonds, der zum Bilanzstichtag 30,99 % der Kapitalanlagen zu Marktwerten ausgemacht hat, profitierte von der Entwicklung der Aktien und der Kursgewinne der Anleihen auf Grund der Rückgänge des Zinsniveaus. Die Performance des Gesamtjahres betrug 7,75 %. Um die stillen Reserven für das Risikobudget bei einer gegenläufigen Entwicklung der Märkte zu erhalten, wurden bewusst lediglich die ordentlichen Erträge zur Ausschüttung entnommen.
- Die Immobilienanlagen der Kasse trugen trotz der erhöhten Aufwendungen der Anfangsinvestitionsphase spürbar zum Kapitalanlagenergebnis bei und erzielten eine Rendite von 3,43 %. Um die Kasse in einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld weiterhin gut zu positionieren wurden im Jahr 2012 verstärkt Immobilienanlagen im Inland über Fonds allokiert sowie eine Aufstockung des bereits bestehenden paneuropäisch investierenden KOOP-Immobilienfonds veranlasst. Die Kapitalabrufe dieser Zeichnungen werden sich (mit Ausnahme eines deutschen Sekundärinvestments) im Wesentlichen über die Jahre 2013 bis 2016 hin strecken.

Die laufende Brutto-Verzinsung aller Kapitalanlagen, beträgt 2012 4,04 % (Vorjahr 4,07 %). Die Nettorendite (diese berücksichtigt auch die Aufwendungen für Kapitalanlagen, Kursgewinne und -verluste sowie Zu- und Abschreibungen) beträgt 4,40 % (Vorjahr 4,05 %). Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoerträgen resultiert hauptsächlich aus der Realisierung von stillen Reserven in Höhe von 3.561 TEuro durch die Rückgabe von Anteilen am KÖZU-FundMaster.

Insgesamt konnte damit die im Technischen Geschäftsplan vorgesehene Verzinsung (4,8 % entsprechend der tariflichen Vorgaben) nicht vollständig realisiert werden. Aufgrund von Mehreinnahmen und Minderausgaben an anderer Stelle erfolgte der Aufbau der Kapitaldeckung jedoch weiterhin planmäßig.

Den im Vorjahr ausgewiesenen Stillen Lasten in Höhe von TEuro 24.713 stehen im Jahr 2013 Stille Reserven in Höhe TEuro 2.592 gegenüber. Hier zeigten sich die Bewertungsergebnisse der gesunkenen Marktzinsen bei vergleichsweise konstant hohen Risikobewertungen (Spreads). Die Direktanlagen wurden im Rahmen einer „Buy and Hold“ Strategie erworben und

sollen entsprechend dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Der Bilanzansatz erfolgt daher für Inhaberschuldverschreibungen gemäß den Grundsätzen für das Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Dieses Prinzip des § 341b HGB ist für die Mehrheit der Direktanlagen, die aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen bestehen, grundsätzlich anzuwenden. Da sich keine konkreten Ausfälle abzeichnen, waren aufgrund der vorgenannten „Buy and Hold“ Strategie auch keine außerordentlichen Abschreibungen auf den Direktanlagebestand vorzunehmen.

Nachstehende Aufstellung vergleicht das Jahresergebnis mit dem Wirtschaftsplan 2012:

	Jahresabschluss TEuro	Wirtschaftsplan TEuro*
Bruttoergebnis Pflichtversicherung vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen	55.976,1	40.565,3
Bruttoergebnis Freiwillige Versicherung vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	4.812,7	3.443,1
Jahresüberschuss vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	60.788,8	44.008,4

\* Zur Vergleichbarkeit der seit 2011 auf die Verwendung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen umgestellten Werte des Jahresabschlusses 2012 wurden die Werte des Wirtschaftsplanes 2012 ebenfalls auf die Verwendung der RechVersV umgerechnet.

Zum Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2012 und 2011 folgt eine zusammengefasste Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung:

	Ergebnis 2012 TEuro	Ergebnis 2011 TEuro
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung	123.105	119.173
Erträge aus Kapitalanlagen	29.423	23.564
Aufwendungen für Kapitalanlagen (inklusive Personal- und Sachkostenanteil)	- 574	443
Aufwendungen für Versicherungsfälle	- 86.899	- 87.319
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und Beitragsrückgewähr	2.594	- 0
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (ohne Personal- und Sachkosten des Kapitalanlagebereichs)	- 1.761	- 2.251
Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung	89	251
Jahresüberschuss vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	60.789	52.975

Die Tabellen zeigen, dass das Ergebnis des Jahres 2012 über den Planungen des Wirtschaftsplans und über dem Ergebnis des Vorjahres liegt.

## **1.3 Lage der Kasse**

### **Kapitalanlagen und Vermögen**

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen stieg um TEuro 36.101 (5,66 %) auf TEuro 674.129 an. Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten stiegen zur Vorbereitung der Investition in Direktanlagen zum Ende des Jahres 2012 auf TEuro 48.296. Das Gesamtvermögen der ZVK stieg um TEuro 61.761 (9,09 %) auf TEuro 741.446. Der Abrechnungsverband der Pflichtversicherung investierte im Berichtsjahr 2012 TEuro 20.966 in den Masterfonds und TEuro 42.420 in Immobilienfonds. Der Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung investierte im gleichen Zeitraum TEuro 2.151 in den Masterfonds und TEuro 2.493 in Immobilienfonds. Die im Masterfonds investierten Mittel dienten im Wesentlichen der Investition in europäische Corporates im Investmentgrade zu Beginn des Jahres. Mitte des Jahres wurden aus strategischen Gründen deutsche Staatsanleihen nahezu vollständig abgebaut und das zu Grunde liegende Balanced Mandat geschlossen. Dem Masterfonds wurden dabei TEuro 54.000 unter Realisation von TEuro 3.561 stillen Reserven entnommen. Diese Mittel wurden zur Investition in die Direktanlage und Immobilien verwendet. Im Laufe des Jahres konnte der Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung insgesamt 2 Millionen Euro in Direktanlagen investieren. Der Abrechnungsverband der Pflichtversicherung investierte 5 Millionen Euro in Direktanlagen. Weitere Investitionen in die Direktanlagen fanden aus Zinsgründen erst Anfang des Jahres 2013 statt.

### **Bestand**

#### **Pflichtversicherung**

In der Pflichtversicherung ist der Bestand der Rentnerinnen und Rentner von 18.976 um 117 (Vorjahr 183) auf 19.093 Fälle gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Pflichtversicherten von 36.170 auf 36.616 um 446 (Vorjahr 255) gestiegen. Auf 100 Pflichtversicherte entfallen somit 52,14 (Vorjahr 52,46) Betriebsrentner.

Mit Wirkung zum 15.02.2012 ist die Mitgliedschaft des Kriebelshofes e.V. nach Einleitung des Insolvenzverfahrens gemäß § 14 Absatz 4 der Satzung gekündigt worden. Weitere Zu- oder Abgänge waren im Jahr 2012 nicht zu verzeichnen.

#### **Freiwillige Versicherung**

Bei der Freiwilligen Versicherung bestanden zum Bilanzstichtag insgesamt 2.909 (Vorjahr 2.734) Verträge. Hierin sind 406 beitragsfrei gestellte Verträge enthalten.

Zum Jahresende 2012 wurde in der Freiwilligen Versicherung an 190 (Vorjahr 154) Rentenberechtigte eine laufende Leistung aus der Freiwilligen Versicherung gezahlt. Die dabei zu leistenden Beträge sind wegen der kurzen Versicherungszeit insgesamt noch gering.

### **Liquidität**

Die Liquidität der Kasse war im Berichtsjahr jederzeit gegeben und nicht gefährdet.

## Personalentwicklung und Personalaufwand

	Beschäftigtenstand	Bruttogehälter TEuro
31.12.2012	24,27	1.021 <sup>1)</sup>
31.12.2011	24,58	1.046 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Personalkostenerstattungen für Serviceleistungen für die Beihilfekasse sind aufwandsmindernd berücksichtigt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse sind Bedienstete der Stadt Köln. Der Beschäftigtenstand berücksichtigt sowohl Teilzeitbeschäftigungen als auch die anteilige Tätigkeit für die Beihilfekasse. Die Eingruppierungen erfolgen entsprechend den Vorgaben im Stellenplan der Stadtverwaltung. Die Personalkosten werden der Stadt Köln von der ZVK erstattet.

In der Summe ist der Beschäftigtenstand in etwa gleich geblieben. Dennoch haben sich verschiedene Veränderungen ergeben, auf deren detaillierte Darstellung hier verzichtet wird.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sozialabgaben, der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie der Rückstellung für Altersteilzeit ergibt sich insgesamt folgender Personalaufwand:

Ergebnis 2012	1.468	TEuro
Ergebnis 2011	1.715	TEuro

Die gesamten Personalaufwendungen sind im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr aufgrund verschiedener unbesetzter Stellen und organisatorischer Veränderungen, die unter anderem die personelle Nachbesetzung der bisherigen Stelle der Abteilungsleitung Zusatzversorgung verzichtbar machen konnten, zurückgegangen.

### 1.4 Organisation des Risikomanagements im Kapitalanlagenbereich

Die Kapitalanlage wird grundsätzlich auf der Basis der Regelungen des § 54 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) in Verbindung mit den Anlagegrundsätzen für das gebundene Vermögen sowie der geltenden Richtlinie für die Vermögensanlage der ZVK durchgeführt. Eine Neufassung der Richtlinie für die Vermögensanlage wurde zuletzt am 05.07.2011 beschlossen, verschiedene Anpassungen etwa zur Umsetzung regulatorischer Veränderungen, der Absenkung der Mindestrendite für die Direktanlage und der Einführung der Anlageklasse Infrastruktur wurden im Laufe des Jahres vorgenommen. Aktuell liegt die Richtlinie für die Vermögensanlage in der Fassung der 6. Änderung, gültig seit dem 21.01.2013 vor. Eine Neufassung oder Änderung der Satzung war nicht erforderlich.

Die Optimierung des Kapitalanlagen-Risikomanagements wurde weiter fortgeführt. Für die Aufgabe der Internen Revision der Kapitalanlage ist bereits im Jahr 2010 ein Rahmenvertrag mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft abgeschlossen worden. Die im ersten Prüfungsbericht aus dem Jahr 2011 aufgezeigten Handlungsbedarfe sind zwischenzeitlich weitgehend abgearbeitet. Offen sind weiterhin die Einführung einer neuen Wertpapierdatenbank und die Erstellung eines Gesamtrisikomanagements. Mit beiden Arbeiten wurden begonnen. Weitere Revisionen sollen Anfang 2013 initiiert werden.

Im Jahr 2012 wurde eine neue ALM-Studie beauftragt und durchgeführt. Die Prognoserechnung erfolgte auf Basis des aktuariellen Gutachtens 2010 und der Bilanzdaten 2011. Die Allokationsempfehlung beinhaltete im Wesentlichen einen deutlichen Aufbau der Aktienquote,

eine signifikante Reduktion von Staatsanleihen, einen Ausbau der Allokation im Immobilienbereich und den Aufbau einer Infrastrukturquote. Im Verlauf des Berichtsjahres und zu Beginn des Jahres 2013 wurden darüber hinaus weitere Anpassungen vorgenommen, um dem anhaltenden Niedrigzinsniveau Rechnung zu tragen.

Wesentliche Ergebnisse der Anpassungsrechnungen und der Umsetzungsarbeiten waren:

- die Allokation von 60 Millionen Euro im Bereich Infrastruktur über die Zeichnung von drei diversifizierten Fonds mit dem Schwerpunkt Core Infrastruktur in Europa,
- der Aufbau von Immobilieninvestments mit dem Ziel im Jahr 2015 weitere 80 Millionen Euro investiert zu haben,
- die Investition von Direktanlagen zu einer vorübergehend reduzierten Mindestverzinsungsanforderung in ausgewählten Institutsgesicherten Emittenten und Pfandbriefen, um eine Quote von 50 % im jeweiligen Abrechnungsverband nicht zu unterschreiten,
- der Abbau von europäischen und deutschen Staatsanleihen und die Zusammenlegung von zwei Mandaten in ein Balanced Mandat, in welchem der Manager die Aktienquote taktisch und strategisch signifikant ausweiten kann.

## 1.5 Risiken der künftigen Entwicklung

### Berichte des Verantwortlichen Aktuars

In seinem versicherungsmathematischen Gutachten vom 16.11.2012 hat der Verantwortliche Aktuar die biometrischen Rechnungsgrundlagen unter anderem für die Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln überprüft.

Seit 2009 werden in der **Pflichtversicherung** die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck auf die Richttafeln RTZVK umgestellt. Dabei wurden eine Verlängerung der Lebenserwartung und eine Absenkung der Invalidisierungswahrscheinlichkeit eingearbeitet. Analoge Tafeln werden auch in den Tarifen 2009 und 2009 – Unisex der Freiwilligen Versicherung eingesetzt. Der Tarif 2002 soll ebenfalls sukzessive auf diese Tafeln umgestellt werden, sobald dies tragbar ist.

Schwerpunkt der Untersuchung war die Überprüfung der getroffenen Modifikationen der Wahrscheinlichkeiten. Da im Wesentlichen die rechnungsmäßig unterstellten Ausscheidewahrscheinlichkeiten beibehalten werden können und im Übrigen eine etwaige Anpassung im Bereich der Aktivensterblichkeit nur sehr geringe finanzielle Auswirkungen hätte, kann von einer Anpassung nach Aussage des Verantwortlichen Aktuars vorläufig abgesehen werden.

In seinen Versicherungsmathematischen Betrachtungen und Vorträgen im Kassenausschuss zuletzt vom 24.09.2012 hat der Verantwortliche Aktuar zur Finanzierung der Pflichtversicherung mit Stand 31.12.2012 berichtet. In seinen Betrachtungen ist der Verantwortliche Aktuar bisher zu dem Ergebnis gekommen, dass unter der Voraussetzung des bisherigen Finanzierungskonzepts die finanzielle Lage des Abrechnungsverbandes als solide und gesichert beurteilt werden kann. Da sich die Geschäftsentwicklung in 2012 positiv darstellt, wird dies auch weiter der Fall sein. Die früheren Berichte des Verantwortlichen Aktuars weisen bereits länger darauf hin, dass die in der Pflichtversicherung bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungsgrundlagen zu geringe Sicherheitsspannen enthalten. Da der Rechnungszins in der Leistungsphase in Höhe von 5,25 % als zu hoch angesetzt gilt, sollte weiterhin die Deckungsrückstellung gestärkt werden. Beträge für eine Anwartschaftsdynamisierung in Form von Gewährung von Bonuspunkten standen bisher nicht zur Verfügung. Dies wird nach den vorliegenden Kenntnissen auch weiterhin nicht der Fall sein. Die Feststellung, dass bei stabiler Versicherungszahl die aktuelle Gesamtbelastung von 9 % bei dem mit der Umsetzung der Ergebnisse der ALM-Studie realisierbaren Zins von 3,75 % in der Kapitalanlage nicht überschritten wird und die im Jahr 2002 zum Aufbau der Kapitaldeckung festgelegten Ziele realisiert werden können, gilt ebenso fort. Bei weiterhin planmäßiger Entwicklung kann die Belastung für die Mitglieder ab dem Jahr 2030 voraussichtlich schrittweise reduziert werden.

Neu ist, dass mit einer ab dem 31.12.2012 gültigen Änderung des versicherungstechnischen Geschäftsplans die Bewertung nach den Grundlagen 2. Ordnung geändert worden sind. Der hier bisher zugrunde liegende Rechnungszins von 4,8 % ist nicht länger haltbar und wird künftig mit 3,75 % festgesetzt. Der ausgewiesene Kapitaldeckungsgrad 2. Ordnung wird sich hierdurch reduzieren.

Für den Abrechnungsverband der **Freiwilligen Versicherung** war der Verantwortliche Aktuar bereits 2010 zu dem Ergebnis gekommen, dass auf Grund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus die Beitrags-Leistungs-Äquivalenz gestört war und die für den Tarif 2002 verwendeten Rechnungsgrundlagen zu geringe Sicherheitsspannen enthalten, um die Tarifleistung zu sichern. Bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen für die Freiwillige Versicherung hat der Verantwortliche Aktuar daher Ende 2010 den Rechnungszins für den Tarif 2002 von 4,8 % auf 3,25 % reduziert, für die Tarife 2009 und 2012 beträgt der Rechnungszins 2,25 %. Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2012 war weiterhin positiv. Die eingegangenen satzungsmäßigen Verpflichtungen (Garantieleistungen) sind nach den vorliegenden Kenntnissen daher weiterhin gesichert.

### **Versicherungstechnische Risiken**

Die versicherungstechnischen Risiken einer Zusatzversorgungskasse bestehen darin, dass den Beiträgen aus Umlagen und Zusatzbeiträgen in der Pflichtversicherung sowie den Beiträgen in der Freiwilligen Versicherung langfristige Leistungszusagen seitens des Versicherers gegenüberstehen. Die Höhe der eingegangenen Verpflichtungen hängt vom Verlauf der biometrischen Risiken, der Zinsentwicklung und der Entwicklung der Kosten ab.

Biometrische Risiken entstehen durch Abweichungen der tatsächlichen Sterblichkeit gegenüber den zugrunde gelegten Annahmen. Geringere Sterblichkeiten führen bei einer Zusatzversorgungskasse zu einem Absinken der Sicherheitsmarge. Höhere Sterblichkeiten haben den gegenläufigen Effekt. Durch die regelmäßige Überprüfung der Rechnungsgrundlagen durch den Verantwortlichen Aktuar in Verbindung mit den festgelegten Sterbetafeln wird ein möglicher Anpassungsbedarf der Sicherheitsspanne erkannt. Der Verantwortliche Aktuar überwacht die Risiken auf der Passivseite im Rahmen der internen Rechnungslegung, besonders die kalkulierten Mittel, die den tatsächlichen Aufwendungen gegenübergestellt werden und so die Angemessenheit der Kalkulationsgrundlage bilden.

Die Leistungsverpflichtungen der ZVK beinhalten nach den bisherigen Regelungen der Tarifvertragsparteien in der Pflichtversicherung eine jährliche Verzinsung von 3,25 % während der Anwartschaftsphase und 5,25 % während der Leistungsphase. Bei den biometrischen Rechnungsgrundlagen wird seit dem Jahr 2009 sukzessive über einen Zeitraum von 10 Jahren auf Richttafeln umgestellt, die von der Bayerischen Versorgungskammer entwickelt wurden und eine höhere Lebenserwartung vorsehen als die Richttafeln 1998 von Professor Dr. Heubeck (RTZVK). Wie oben bereits dargestellt, zeigt das Versicherungsmathematische Gutachten vom 16.11.2012, dass mit den RTZVK ein ausreichender Sicherheitspuffer zu der tatsächlichen Entwicklung des Bestandes gebildet wird.

Auch für den Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung werden künftig diese Richttafeln angewandt. Unter Berücksichtigung dieser Änderung in der Biometrie ist die Sicherheitsspanne in der Berechnung der Deckungsrückstellung als ausreichend anzusehen und höher als beim Ansatz der Richttafeln 2005G von Professor Dr. Heubeck.

Es ist auch zukünftig erforderlich, unter Einbeziehung der Entwicklung der biometrischen Risiken und der erzielbaren Kapitalerträge, die Entwicklung der Biometrie und des Zinses aktuarisch stetig zu überprüfen und, falls notwendig, eine Veränderung der Rechnungsgrundlagen vorzunehmen.

Durch die Erhebung von Zusatzbeiträgen seit Beginn des Jahres 2003 erhält die Kasse bei der Pflichtversicherung Einnahmen, die zum Aufbau einer Kapitaldeckung verwendet werden, um spätestens nach einer Übergangszeit von insgesamt rund 30 Jahren auch die Arbeitgeber spürbar zu entlasten. Der inzwischen erreichte Kapitalisierungsgrad kann erst nach Vorliegen der versicherungsmathematischen Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars angegeben

werden. Für den Kapitaldeckungsgrad werden seit dem Jahr 2010 vom Verantwortlichen Aktuar jährlich Planwerte für einen Zeitraum von 10 Jahren entwickelt und dem Kassenausschuss vorgelegt, so dass ein Plan-Ist-Vergleich und eine bessere Beobachtung der Entwicklung des Kapitaldeckungsgrades möglich ist. Im Jahr 2012 konnten die Planwerte erneut überschritten werden. Solange keine vollständige Kapitaldeckung in der Pflichtversicherung erreicht ist und dort zumindest eine teilweise Umlagenfinanzierung erfolgt, ergeben sich Risiken insbesondere aus

- der künftigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst, insbesondere durch Privatisierungsmaßnahmen und durch die Notwendigkeit, aufgrund der angespannten Haushalts- und Finanzlage Personalaufwendungen zu reduzieren,
- dem weiter fortschreitenden demografischen Wandel,
- den künftigen Ergebnissen von Tarifverhandlungen,
- der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmendaten und hier insbesondere der weiteren Erholung der Finanzmärkte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der weiteren Entwicklung des Zinsniveaus und der Bonitätsrisiken.

Für den teilweise kapitalgedeckten Teil der Pflichtversicherung und die von Anfang an voll kapitalgedeckte Freiwillige Versicherung bestehen folgende wesentliche Risiken:

- die Nichtübereinstimmung der dem Technischen Geschäftsplan zugrunde gelegten Sterbe-, Invaliditäts- und Zinsannahmen mit den tatsächlichen Verhältnissen sowie
- die bereits oben angesprochene Entwicklung der Finanzmärkte.

Im Jahr 2012 sind auch weiterhin noch keine wesentlichen Entlastungen durch die im Rahmen der Neuordnung des Zusatzversorgungsrechts vorgenommene Umstellung auf Startgutschriften und das Punktemodell und der damit verbundenen Reduktion der Ansprüche aus der Zusatzversorgung um ca. 20 % erkennbar. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Bestandsrentenfälle und auch die Neuzugänge der rentennahen Jahrgänge umfangreichen Besitztumsregelungen unterliegen. Auch die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung für einen abschlagsfreien Altersrentenbezug wird sich erst in Zukunft auf die Zahl der Rentner und die Rentenhöhe auswirken. Beides zeigt sich auch darin, dass sich die Höhe der durchschnittlich ausgezahlten Rentenleistung in Höhe von 378,56 Euro je Monat gegenüber dem Vorjahreswert von 378,47 Euro je Monat kaum verändert hat.

In seiner Entscheidung vom 14.11.2007 hat der Bundesgerichtshof die Tarifvertragsparteien aufgefordert, die Modalitäten zur Berechnung der Startgutschriften für „rentenferne Jahrgänge“ anzupassen. Mit der 5. Änderung des ATV/ATV-K haben sich die Tarifparteien auf ein neues Modell zur Korrektur der Startgutschriften für rentenferne Versicherte geeinigt, das die vom BGH festgestellte Benachteiligung der rentenfernen Versicherten aufhebt. Die Höhe der zusätzlichen Aufwendungen, die aufgrund der geänderten Berechnungsgrundlage auf die Kasse zukommen, betragen etwa 8,6 Millionen Euro. Die Mehraufwände sind in den Berechnungen der Verpflichtungen und der Kapitaldeckungsgrade berücksichtigt. Aufgrund der guten Geschäftsentwicklung in den letzten Jahren machen sich diese hier kaum bemerkbar. Die planmäßige Fortsetzung des Aufbaus der Kapitaldeckung ist durch die Mehraufwände nicht beeinträchtigt.

### **Beitragsentwicklung**

Die zum 01.10.2005 erfolgte Umstellung vom BAT/BMT-G auf den TVöD führte aufgrund der Absenkung des Gehaltsniveaus bei Neueinstellungen tendenziell zu Wenigereinnahmen bei den Umlagen und Zusatzbeiträgen. Die zwischenzeitlichen tariflichen Vergütungsanpassungen haben diesen Effekt mehr als kompensiert. Auch aufgrund der Anfang des Jahres 2012 vereinbarten Änderungen im TVöD werden die Umlagen und Zusatzbeiträge tendenziell weiter steigen.

Bei den einzelnen Mitgliedern ist derzeit in der Summe kein wesentlicher Personalabbau festzustellen. Die diesbezüglichen Ergebnisse aus der Umfrage im Jahr 2011 haben sich bestätigt. Einziges Mitglied mit einem spürbaren Personalabbau ist die Sparkasse KölnBonn. Auch hier bewegen sich die Daten aber im Rahmen der aus dem Jahr 2011 bekannten Planungen. Per-



sonalgestellungen, denen mit einer Satzungsänderung im Jahr 2011 begegnet worden ist, haben in keinem nennenswerten Umfang stattgefunden. Eine Ausgleichsverpflichtung hat sich nicht ergeben. Für die Sparkasse KölnBonn ist ein Gutachten zur Prüfung der Partiellen Mitgliedschaft beauftragt worden. Ziel des Gutachtens ist es, die denkbaren Alternativen zur Partiellen Mitgliedschaft unter rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Mit Ergebnissen ist bis Mitte 2013 zu rechnen. Die künftige Beitragsentwicklung ab dem Jahr 2014 könnte durch die diesbezüglichen Entscheidungen berührt werden. Konkretere Aussagen sind hierzu jedoch erst nach Vorliegen des Gutachtens möglich.

Mit Entscheidung des BGH vom 10. Oktober 2012 hat dieser die Rechtsprechung des OLG Karlsruhe vom 23.12.2010 bestätigt und die Regelung in der Satzung der VBL zum Ausgleichsbetrag verworfen. Der BGH hat klargestellt, dass eine vollständige Berücksichtigung von noch verfallbaren Anwartschaften nicht angemessen ist, eine finanzieller Ausgleich ausschließlich in Form eines Einmalausgleiches eine unangemessene Benachteiligung der Mitglieder darstellt und die Berechnungsgrundlagen transparent darzustellen sind. Es wurden keine Aussagen zum Zinssatz und zur Vermögensanrechnung getroffen. Eine rückwirkende Anpassung der Regelungen zum Ausgleichsbetrag ist zugelassen worden.

Von der Entscheidung des BGH sind auch die Mustersatzung der AKA und die Satzung der Kasse betroffen. Die AKA hat zwischenzeitlich eine Änderung der Mustersatzung beschlossen, die den Anforderungen des BGH gerecht wird. Eine Änderung der Satzung der Kasse soll im Laufe des Jahres 2013 erfolgen.

### **Kapitalanlagerisiken**

Für die Sicherheitslage der Zusatzversorgungskasse sind insbesondere die Risiken im Kapitalanlagebereich von zentraler Bedeutung. Das Kapitalanlagerisiko umfasst unverändert

- das Risiko unerwartet hoher Abschreibungen,
- das Risiko ungünstiger Zinsentwicklung,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko) und
- das Risiko der Wiederanlage.

Die Kapitalanlagen der Kassen sind im Jahr 2012 im Anschluss an die Erstellung der zweiten ALM-Studie unter Rendite- und Risikogesichtspunkten weiter optimiert worden. Die Umsetzung wird sich auf Grund der verstärkten Allokationen im Immobilien- und Infrastrukturbereich über die kommenden 3-5 Jahre erstrecken. Das Portfolio der Masterfondsanlagen ist mit den getroffenen Maßnahmen hinsichtlich seiner Risikosensitivität weiterhin genügend diversifiziert, um das für ihn festgelegte Risikobudget einzuhalten bzw. nicht zu übersteigen. Das Overlaymanagement musste trotz der schwierigen Märkte keine Absicherungsmaßnahmen einleiten. Die Einhaltung des Gesamtrisikobudgets für die Kapitalanlagen, das sich aus den Vorgaben des Verantwortlichen Aktuars zum Kapitaldeckungsgrad und den liquidierbaren Stillen Reserven ergibt, wird quartalsweise mit umfangreichen Stresstests überprüft. Für beide Abrechnungsverbände war die Einhaltung des Gesamtrisikobudgets zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Die Diversifikation des Gesamtkapitalanlagenbestandes wird sich durch die eingeleiteten Maßnahmen weiterhin erhöhen. Gleichzeitig ist geplant das Risikobudget und die regulatorischen Einschränkungen der Anlageverordnung sinnvoll auszunutzen, um in der anhaltenden Niedrigverzinsung „sicherer Anlagen“ nicht das Risiko der Unterverzinsung einzugehen. Mit den eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen ist die Erreichung der aktuariell notwendigen Mindestverzinsung dann weiterhin mit einer hohen mathematischen Wahrscheinlichkeit erzielbar.

Das Adressenausfall- oder Bonitätsrisiko der Eigenanlagen wird durch umfangreiche interne und externe Maßnahmen überwacht. Den Kreditrisiken in der Fondsanlage wird durch eine hohe Streuung Rechnung getragen. Die überwiegenden Investitionen im Rentenbereich des Masterfonds dürfen nicht schlechter als im Investmentgrade geratet sein. Ein geringer Teil der Rentenanlagen darf die Vorgaben des BaFin Rundschreibens 4/2011 VA vollständig ausnutzen. Bei der Aufstockung des Direktanlagenbestandes sind Investitionen in Pfandbriefe bester Qualität

getätigt worden. Verschlechterungen im Emittentenbereich des Bestandes wird durch verschiedene Maßnahmen und durch eine verstärkte Überwachung Rechnung getragen.

Dem Risiko der Wiederanlage kann sich die Kasse in einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld nicht vollständig entziehen. Seit dem Jahr 2009 sind verschiedene Maßnahmen getroffen worden, um die Fälligkeiten der Kapitalanlagen laufzeitenkongruent zu verteilen, um Klumpungsrisiken zu vermeiden. Darüber hinaus werden zunehmend alternative Anlageklassen erschlossen, um die Breite an zulässigen und investierbaren Kapitalanlagen mit unterschiedlichen Risiko- Renditeausprägungen auszunutzen.

Die Liquidität der Masterfondsanlagen ist jederzeit gewährleistet. Die Gesamtliquidität der Kasse wird fortlaufend geplant und überwacht.

### **Sonstige Risiken**

Aufgrund des Geschäftsmodells verfügt die Kasse über regelmäßige Einnahmen aus Beiträgen, Rückflüssen aus Kapitalanlagen und Zinszahlungen. Dem gegenüber stehen im Wesentlichen Zahlungen für Versicherungsfälle. Durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung wird die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt.

Im IT-Bereich sind umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten. Im Hinblick auf die Wiederaufnahme von Investitionen in Direktanlagen ist die Beschaffung einer Wertpapierdatenbank initiiert worden, die die derzeitige nicht revisionsfähige Access Datenbank ablösen wird. Eine Fortführung des Projektes war jedoch aufgrund personeller Probleme nicht möglich. Zurzeit werden die Abbildung der Bestände und die Überwachung der regelmäßigen Zahlungseingänge zusätzlich durch die Master-KAG gewährleistet. Sobald die personelle Ausstattung eine Fortführung erlaubt, soll das Projekt Wertpapierdatenbank wieder aufgenommen werden.

Die aufgrund des § 123 a VAG ab dem 23.09.2010 für Versicherungsunternehmen eingetretenen zusätzlichen Solvabilitätsanforderungen umfassen die Freiwillige Versicherung der ZVK der Stadt Köln nicht. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2010 eine Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen beschlossen, die dazu geführt hat, dass die entsprechenden Regelungen bei den Zusatzversorgungskassen nicht anzuwenden sind. Die Vorhaben auf der EU-Ebene, die Solvabilitätsanforderungen mittels einer Novellierung der Pensionfondsrichtlinie (IORP-Richtlinie) auf die betriebliche Altersversorgung zu übertragen, haben sich noch nicht konkretisiert. Eine erste quantitative Auswirkungsstudie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu der geplanten Gesetzgebung, an der sich die Kassen der AKA aus Kostengründen nicht beteiligt haben, zeigt für Deutschland einen durchschnittlichen Mehrfinanzierungsbedarf von 8 % der Verpflichtungen. Andere europäische Länder wären deutlich intensiver betroffen. Weitere Studien und Beratungen sollen folgen. Da auch die nationale Umsetzung von Solvency II für die Versicherungsunternehmen auf voraussichtlich 2016/2017 verschoben ist, ist auch für die Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge nicht von kurzfristigen Entscheidungen auszugehen. Die Kasse verfolgt die Entwicklungen weiter intensiv und unterstützt den Willensbildungsprozess über die Aktivitäten der AKA. Die Entscheidungen der EU-Kommission und der nationalen Gesetzgeber bleiben aber abzuwarten. Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass die Kasse aufgrund der bereits erreichten Kapitaldeckung für die Umsetzung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen vergleichsweise gut aufgestellt ist.

### **1.6 Künftige Entwicklung**

Das Ergebnis der Kasse wird auch in den nächsten zwei Geschäftsjahren wesentlich von den Beiträgen, Leistungen, Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen und von dem Ergebnis aus Kapitalanlagen geprägt. Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der ZVK weiter fortsetzen wird und insbesondere die Beitrags-einzahlungen die Auszahlungen für Leistungen und Verwaltungskosten deutlich übersteigen

werden. Weitere Risiken und Chancen für das Ergebnis der ZVK in den nächsten Jahren ergeben sich darüber hinaus vor allem aus dem Ergebnis der Kapitalanlagen. Bei einer zumindest befriedigenden Wertentwicklung der Kapitalmärkte und annähernd gleichbleibenden Bestandszahlen geht die Geschäftsführung davon aus, auch weiterhin steigende Jahresüberschüsse zu erzielen.

Köln, den 27.08.2013

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Blaeser', enclosed in a thin black rectangular border.

Blaeser  
Geschäftsführer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Klinnert', consisting of several loops and a long horizontal stroke.

Klinnert  
Stellvertretende Geschäftsführerin

**Name: Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln**  
**Sitz: Köln**  
**Jahresbilanz zum 31.12.2012**

**Aktiva**

	Euro	2012 Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	334.921,23	334.921,23	424.278,12
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.461.375,42	2.461.375,42	2.001.003,56
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	262.516.684,53		244.926.006,99
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.786.088,29		20.777.734,55
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	91.012.918,81		92.012.918,81
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	244.026.968,52		259.809.944,12
4. Einlagen bei Kreditinstituten	52.325.000,00	671.667.660,15	18.500.000,00
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	141.597,77		30.906,30
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	258.906,07		49.063,25
3. Zusatzversorgungseinrichtungen	514.694,28		314.003,17
II. Sonstige Forderungen	679.512,58	1.594.710,70	38.847,56
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	50.722,95		42.488,07
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	48.295.764,91		23.506.274,90
III. andere Vermögensgegenstände	7.373.517,41	55.720.005,27	7.285.864,53
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	9.201.464,58		9.383.010,84
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	466.008,74	9.667.473,32	582.826,27
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>741.446.146,09</b>	<b>679.685.171,04</b>

**Name: Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln**  
**Sitz: Köln**  
**Jahresbilanz zum 31.12.2012**

**Passiva**

	Euro	2012 Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Jahresüberschuss			
1. Verlustvortrag	0,00		0,00
2. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00
II. Gewinnrücklagen			
Satzungsmäßige Rücklagen		1.309.403,06	1.124.026,42
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	734.645.282,39		674.041.830,34
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	65.886,20	734.711.168,59	47.839,98
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.049.377,00		3.049.377,00
II. Sonstige Rückstellungen	892.275,44	3.941.652,44	894.500,33
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	11.261,34		6.389,72
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	14.196,60		49.783,34
3. Zusatzversorgungseinrichtungen	980.945,24		251.595,74
4. Freiwillige Versicherung	0,00	1.006.403,18	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00	0,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten	107.740,23	107.740,23	68.376,91
davon:			
aus Steuern: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)			
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)			
E. Rechnungsabgrenzungsposten		369.778,59	151.451,26
<b>Summe der Passiva</b>		<b>741.446.146,09</b>	<b>679.685.171,04</b>

Es wird bestätigt, dass die unter Passiva A.I. eingestellte Verlustrücklage und die unter Passiva B. eingestellten versicherungstechnischen Rückstellungen nach Maßgabe des technischen Geschäftsplans berechnet wurden.

München, den 27.08.2013



H. Maier  
 Verantwortlicher Aktuar

**Name: Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln**  
**Sitz: Köln**  
**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012**

	Euro	2012 Euro	Vorjahr Euro
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		123.105.476,33	119.173.042,04
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	534.691,75		513.348,19
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	24.789.412,96		22.550.943,79
c) Erträge aus Zuschreibungen	494.644,76		500.300,00
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.604.459,81	29.423.209,28	0,00
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	89.475.089,86		87.277.429,31
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	18.046,22	89.493.136,08	41.755,62
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		60.603.452,05	51.851.147,11
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Verwaltungsaufwendungen für Versicherungsverträge	1.450.414,68		1.707.911,13
b) Sonstige Aufwendungen	310.704,59	1.761.119,27	543.433,24
6. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	500.003,61		401.874,83
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	34.272,90		40.929,14
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	40.000,00	574.276,51	0,00
<b>Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung</b>		<b>96.701,70</b>	<b>873.153,64</b>
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Sonstige Erträge		261.677,48	368.118,17
2. Sonstige Aufwendungen		94.838,21	10.463,33
<b>3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>		<b>263.540,97</b>	<b>1.230.808,48</b>
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		72.181,25	100.973,26
5. Sonstige Steuern		5.983,08	5.808,80
<b>6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>		<b>185.376,64</b>	<b>1.124.026,42</b>
7. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) aus satzungsmäßigen Rücklagen		185.376,64	1.124.026,42
<b>9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>		<b><u>0,00</u></b>	<b><u>0,00</u></b>

# Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

## Anhang zum Jahresabschluss 2012

### 1. Darstellungsform und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde nach den Vorschriften der §§ 21 ff. Eigenbetriebsverordnung NRW in Verbindung mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften in der aktuellen Fassung (BilMoG) und den Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der Fassung vom 20. Dezember 2012 unter Berücksichtigung kassenspezifischer Besonderheiten entsprechend § 55 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der geltenden Fassung aufgestellt.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entspricht grundsätzlich den Formblättern der RechVersV mit kassenspezifischen Anpassungen.

### 2. Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Grundstücke und Bauten sind zu Anschaffungsbeziehungsweise Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und zuzüglich erforderlicher Zuschreibungen, bewertet.

Bei den Abschreibungen wird die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

Die Namensschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c HGB mit dem Nennwert bilanziert. Agiobeträge wurden aktivisch abgegrenzt und auf die Laufzeiten verteilt.

Der Bilanzansatz für Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Diese Kapitalanlagen werden nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen, die dazu bestimmt sind dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341 b Absatz 2 HGB nach dem für das Anlagevermögen geltenden gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Abschreibungen werden nur vorgenommen, sofern es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Zuschreibungen erfolgen, sofern bereits früher Abschreibungen vorgenommen wurden und die Gründe für die früheren Abschreibungen nicht mehr bestehen, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Bei Inhaberschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Differenzen zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode amortisiert.

Die am Masterfonds (KÖZU-FundMaster) und den Immobilienfonds gehaltenen Investmentanteile werden ebenfalls nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen bewertet. Zeitwerte wurden auf Basis der Rücknahmepreise per 28. Dezember 2012 ermittelt.

Die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, die Zins- und Mietforderungen sowie die sonstigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Nominalbeträgen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen, angesetzt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften planmäßige lineare und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen. Geringwertige Anlagegegenstände werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit erfolgt durch den Verantwortlichen Aktuar nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

In der Pflichtversicherung erfolgte mit Wirkung ab 31.12.2009 die Umstellung auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Der Übergang erfolgt dabei in 10 Jahresschritten. Diese biometrischen Grundlagen wurden auf Basis des Bestandes der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden und all ihrer Kooperationspartner abgeleitet. Zum 31.12.2012 sind bereits vier Schritte erfolgt.

In der Freiwilligen Versicherung wurde die Deckungsrückstellung mit dem Barwert der erworbenen Anwartschaften und laufenden Renten einschließlich rechnungsmäßiger Verwaltungskosten berechnet. Zur Berechnung wurde der Garantiezins von 3,25 % verwendet.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden.



### 3. Angaben zur Bilanz

#### AKTIVA

##### A. Immaterielle Vermögensgegenstände

###### A.I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Hier ist der anteilige Wert der Nutzungsrechte an der Versorgungssoftware NVS-Futura sowie der Wert sonstiger Softwarelizenzen ausgewiesen.

##### B. Kapitalanlagen

###### B.I. Grundstücke, grundstückseigene Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Diese Kapitalanlagen beinhalten mit 72.375,42 Euro das Verwaltungsgebäude Jakordenstraße und mit 2.389.000,00 Euro das Wohngebäude Böckingstraße, Rheingalerie Haus C.

Für beide Immobilien liegen Wertgutachten mit Stand März 2013 vor, die nach den Vorschriften der Wertermittlungsrichtlinien und des Bundesbaugesetzes ermittelt wurden.

Für das Verwaltungsgebäude wurden planmäßige Abschreibungen von 9.270,71 Euro vorgenommen. Die planmäßige Abschreibung für das Wohngebäude erfolgte in Höhe von 25.002,19 Euro. Die in Vorjahren vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen für das Objekt Böckingstraße wurden in Höhe von 494.644,76 Euro bis zur Wertgrenze des aktuellen Zeitwertes durch eine Zuschreibung aufgeholt.

###### B.II. Sonstige Kapitalanlagen

###### B.II.1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

<b>KÖZU-FundMaster</b>			
	Pflichtversicherung	Freiwillige Versicherung	ZVK gesamt
Anteile	2.278.059 Stück	115.703 Stück	2.393.762 Stück
Fondspreis 31.12.	87,82 Euro		
Marktwert	200.063.413 Euro	10.161.254 Euro	210.224.667 Euro
Buchwert	183.014.237 Euro	9.779.289 Euro	192.793.526 Euro
Differenz	17.049.176 Euro	381.965 Euro	17.431.141 Euro
Ausschüttung	4.426.038 Euro	210.715 Euro	4.636.753 Euro

<b>Warburg - Henderson KOOP Fonds, paneuropäische Core Strategie mit den Schwerpunkten Büro und Handel</b>			
	Pflichtversicherung	Freiwillige Versicherung	ZVK gesamt
Anteile	413.833 Stück	27.561 Stück	441.394 Stück
Fondspreis 31.12.	101,41 Euro		
Marktwert	41.968.211 Euro	2.795.055 Euro	44.763.266 Euro
Buchwert	41.930.685 Euro	2.792.555 Euro	44.723.240 Euro
Differenz	37.526 Euro	2.500 Euro	40.026 Euro
Ausschüttung	1.521.952 Euro	101.360 Euro	1.623.312 Euro

<b>Warburg – Henderson TOP 5 Fonds, deutsche Büroimmobilien in Top-Lagen, Core</b>			
	Pflichtversicherung	Freiwillige Versicherung	ZVK gesamt
Anteile	193.656 Stück	10.192 Stück	Stück
Fondspreis 31.12.	121,64 Euro		
Marktwert	23.555.987 Euro	1.239.738 Euro	24.795.725 Euro
Buchwert	23.749.972 Euro	1.249.947 Euro	24.999.919 Euro
Differenz	-193.985 Euro	-10.209 Euro	-204.194 Euro
Ausschüttung	0 Euro	0 Euro	0 Euro

Buchwerte gesamt:

KÖZU-FundMaster	192.793.526 Euro
Warburg - Henderson KOOP Fonds	44.723.240 Euro
Warburg – Henderson TOP 5 Fonds	<u>24.999.919 Euro</u>
Summe	262.516.685 Euro

Auf eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert des Warburg - Henderson TOP 5 Fonds wurde verzichtet, da die Wertminderung im Sinne des § 253 HGB nicht als dauerhaft anzusehen war.

#### B.II.2. **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

Inhaberschuldverschreibungen 21.786.088 Euro

Die Inhaberschuldverschreibungen sind einem Kassenausschussbeschluss entsprechend dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmet und dementsprechend nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den Inhaberschuldverschreibungen ergeben sich in der Pflichtversicherung Stille Reserven in Höhe von 329.290,14 Euro, bei der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 518.337,57 Euro.

### B.II.3. Sonstige Ausleihungen

#### B.II.3.a Namensschuldverschreibungen

Namensschuldverschreibungen von Mitgliedern	31.400.000,00	Euro
Öffentliche Namenspfandbriefe	21.000.000,00	Euro
Sonstige Namensschuldverschreibungen	38.612.918,81	Euro
Summe	<u>91.012.918,81</u>	Euro

#### B.II.3.b Schuldscheinforderungen und Darlehen

Schuldscheinforderungen	231.752.636,23	Euro
Darlehen an Mitglieder		
- Darlehen an die Stadtwerke Köln GmbH (SWK)	6.136.461,60	Euro
- Darlehen an die Wohnungsgesellschaft der SWK	6.137.870,69	Euro
Summe	<u>244.026.968,52</u>	Euro

#### B.II.4. Einlagen bei Kreditinstituten

Berücksichtigt sind die am Bilanzstichtag vorhandenen Termin- und Festgeldanlagen der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung.

#### Zusammenfassende Angaben zum Buch- und Zeitwert der Kapitalanlagen

Kapitalanlagen 2012	Buchwert	Zeitwert	Bewertungs-Reserve
			(stille Reserve)
	Euro	Euro	Euro
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			
a) Verwaltungsgebäude	72.375	4.730.000	4.657.625
b) Wohngebäude (Böckingstr.)	2.389.000	2.389.000	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			
a) KÖZU-FundMaster	192.793.526	210.224.668	17.431.142
b) Immobilienfonds	69.723.159	69.559.016	-164.143
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.786.088	22.633.716	847.628
3. Sonstige Ausleihungen			

a) Namensschuldverschreibungen			
aa) Namensschuldverschreibungen	38.612.919	42.564.474	3.951.555
ab) Öffentliche Namenspfandbriefe	21.000.000	24.401.816	3.401.816
ac) Namensschuldverschreibungen von Mitgliedern	31.400.000	27.702.041	-3.697.959
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen			
ba) Schuldscheindarlehen	231.752.636	207.916.862	-23.835.774
bb) Darlehen an Mitglieder	12.274.332	12.274.332	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	52.325.000	52.325.000	0
<b>Summen</b>	<b>674.129.036</b>	<b>676.720.925</b>	<b>2.591.889</b>

Die Gesamtsummen der Buchwerte und der Zeitwerte belaufen sich für den Abrechnungsverband Pflichtversicherung auf 644.417.019 Euro beziehungsweise 646.002.827 Euro. Der sich daraus ergebende Saldo der Bewertungsreserve beträgt 1.585.808 Euro.

Die Gesamtsummen der Buchwerte und der Zeitwerte belaufen sich für den Abrechnungsverband Freiwillige Versicherung auf 29.712.017 Euro beziehungsweise 30.718.098 Euro. Der sich daraus ergebende Saldo der Bewertungsreserve beträgt 1.006.081 Euro.

## **C. Forderungen**

### **C.I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:**

#### **C.I.1. Versicherungsnehmer**

Hier sind Forderungen in Höhe von 86.432,03 Euro aus überzahlten Rentenleistungen der Pflichtversicherung ausgewiesen. In der Freiwilligen Versicherung handelt es sich um Beitragszahlungen der Versicherten in Höhe von 55.165,74 Euro, die erst im Folgejahr eingegangen sind.

#### **C.I.2. Mitglieds- und Trägerunternehmen**

Diese Forderungen enthalten Umlagen und Zusatzbeiträge für das Jahr 2012 sowie sonstige Forderungen an Mitglieder in Höhe von insgesamt 255.920,03 Euro, die am Bilanzstichtag noch nicht eingegangen waren. Ebenso sind hier Beitragsforderungen gegen die Arbeitgeber der Pflichtversicherten mit individuell vereinbarten Zusatzleistungen in Höhe von 2.986,04 Euro, die zum Bilanzstichtag noch nicht beglichen waren. Sie wurden im Januar 2013 vollständig beglichen.

#### **C.I.3. Zusatzversorgungseinrichtungen**

Es handelt sich um Forderungen aus Überleitungen von Versicherungsverhältnissen der Pflichtversicherung in Höhe von 514.694,28 Euro. Sie wurden im Januar 2013 vollständig beglichen.

## C.II. Sonstige Forderungen

Hier handelt es sich unter anderem um Forderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kasse aus als Darlehen gewährten Gehalts- beziehungsweise Besoldungsvorschüssen in Höhe von 5.800,00 Euro, um Forderungen aus treuhänderisch zu behandelnden Mietkautionen in Höhe von 775,52 Euro. In den sonstigen Forderungen der Pflichtversicherung ist die zum 31.12.2012 aktuell bestehende Restforderung gegenüber der Lehman Brothers Treasury Co. B. V. aus der Insolvenzmasse in Höhe von 449.178,23 Euro enthalten. Darüber hinaus ist hier eine Zinsforderung gegenüber einem Emittenten einer Namensschuldverschreibung enthalten. Die in 2012 fällige Zinszahlung wurde in 2013 gezahlt.

## D. Sonstige Vermögensgegenstände

### D.I. Sachanlagen und Vorräte

Der Posten beinhaltet die Betriebs- und Geschäftsausstattung und hat sich im Wirtschaftsjahr wie folgt entwickelt:

Anfangsbestand	42.488,07 Euro
Zugang	27.483,81 Euro
Planmäßige Abschreibungen/Abgänge	- 19.248,93 Euro
Summe	<hr/> 50.722,95 Euro

### D.II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Es handelt sich um den Guthabenbestand der Girokonten und der sonstigen verzinsten täglich verfügbaren Geldanlagen bei der Sparkasse KölnBonn (SKB) und der PSD Bank Köln eG (PSD) sowie den Bargeldbestand der Kasse am Bilanzstichtag 31.12.2012.

### D.III. Andere Vermögensgegenstände

Es handelt sich um die Rentenzahlung für den Monat Januar 2013, die bereits im Dezember 2012 fällig war und an die Rentenempfänger ausgezahlt wurden.

## E. Rechnungsabgrenzungsposten

### E.I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Abgegrenzte Zinsen aus Darlehen und Wertpapieren	9.196.908,03 Euro
Miet- und Nebenkostenforderungen Wohngebäude	4.556,55 Euro
Summe	<hr/> 9.201.464,58 Euro

### E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Agien Namenswertpapiere	456.647,11 Euro
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	9.361,63 Euro
Summe	<hr/> 466.008,74 Euro

## **PASSIVA**

### **A. Eigenkapital**

#### **A.I. Gewinnrücklagen / Verlustrücklagen**

In diesem Posten ist der Betrag zum Aufbau einer Verlustrücklage gemäß § 57 der ZVK Satzung ausgewiesen. Die Gewinnrücklage in der Freiwilligen Versicherung wurde um 185.376,64 Euro auf 1.309.403,06 Euro erhöht.

### **B. Versicherungstechnische Rückstellungen**

#### **B.I. Deckungsrückstellung**

##### **Pflichtversicherung**

##### **Rückstellung für das Teilvermögen gemäß § 56 Absatz 2 Satz 1 der ZVK-Satzung**

Die Rückstellung für Teilvermögen gemäß § 56 Absatz 2 Satz 1 der Satzung betrifft den umlagefinanzierten Teil der Pflichtversicherung auf Basis der Grund- beziehungsweise der Zusatzbeiträge. Die Rückstellungen werden gemäß dem technischen Geschäftsplan nach dem sogenannten Bilanzausgleichsverfahren gebildet. Hiernach ergibt sich die Rückstellung als Differenz der Vermögensgegenstände und Schulden des Abrechnungsverbandes. Hieraus resultiert, dass die ausgewiesene Rückstellung nicht mit dem Wert der aktuariell ermittelten Verpflichtung übereinstimmt.

Der Bestand vergrößerte sich im Jahr 2012 auf 438.982.380,18 Euro (Vorjahr 412.769.848,91 Euro).

##### **Teildeckungsrückstellung gemäß § 56 Absatz 2 Satz 2 der ZVK-Satzung**

Hier ist das zum Übergang in eine Kapitaldeckung angesparte Vermögen ausgewiesen. Das Vermögen beträgt 261.894.601,93 Euro. Dieses teilt sich auf in 189,5 Mio. Euro der individuellen Kapitaldeckung und 72,4 Mio. Euro der kollektiven Kapitalstärkung.

##### **Rückstellung für Leistungsverbesserung gemäß § 58 Absatz 1 Satz 2 der ZVK-Satzung**

Die Rückstellung für Leistungsverbesserung in der Pflichtversicherung gemäß § 58 Absatz 1 Satz 2 der Satzung wird grundsätzlich für Leistungserhöhungen von kapitalgedeckten Ansprüchen in der Pflichtversicherung gebildet, und zwar durch die Gewährung von Bonuspunkten. Die Überschussverteilung wird durch den Kassenausschuss beschlossen.

Der Rückstellungsbetrag beträgt unverändert 1.040.292,83 Euro.

##### **Freiwillige Versicherung**

##### **Deckungsrückstellung gemäß § 56 Absatz 3 der ZVK-Satzung**

Die Deckungsrückstellung gemäß § 56 Absatz 3 der Satzung für die freiwilligen Zusatzversicherungen wird gemäß dem technischen Geschäftsplan und den Bestimmungen der Satzung gebildet. Beiträge werden technisch als Einmalbeiträge zum Erwerb von Versorgungspunkten verwendet. Maßgeblich für die Umrechnung von Beiträgen in Versorgungspunkte ist eine altersabhängige Versorgungspunktetabelle. Die Rückstellungen werden als Barwert der auf Basis der Rechnungsgrundlagen errechneten zu erwartenden künftigen Leistungen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung beträgt 32.728.007,45 Euro (Vorjahr 28.100.660,44 Euro).

## B.II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird der Vorjahresbestand in der Pflichtversicherung in Höhe von 56.290,29 Euro, in der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 9.595,91 Euro ausgewiesen.

## C. Andere Rückstellungen

### C.I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich um die seit dem Wirtschaftsjahr 1998 vorgenommene Rückstellung für anteilige Pensionsverpflichtungen gegenüber den bei der ZVK aktiv Beschäftigten und ehemaligen Beamtinnen und Beamten der Stadt Köln. Die Dotierung der Rückstellung erfolgte nach den Berechnungen eines versicherungsmathematischen Gutachtens und entspricht grundsätzlich dem Teilwertverfahren. Als Rechnungsgrundlagen dienten die Richttafeln 2005 G von Professor Dr. Klaus Heubeck. Abweichend von den steuerrechtlichen Vorgaben wurde gemäß § 36 GemHVO NRW ein Rechnungszins von 5,0 % zugrunde gelegt. Im Gegensatz zum Vorjahr wurde kein Trend von 0,5 % angenommen. Für Beamte, die vor dem 1. Januar 1998 in den Dienst der Stadt Köln getreten sind, jedoch nicht an diesem Stichtag bei der Kasse beschäftigt waren, wurden keine Pensionsrückstellungen gebildet.

### C.II. Sonstige Rückstellungen

Bezeichnung	Stand 01.01.2012	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Endstand 31.12.2012
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Urlaubsansprüche der Mitarbeiter (-innen)	60.515,88	60.515,88		53.763,44	53.763,44
Beihilferückstellung	494.911,00		4.092,00	45.873,00	536.692,00
Rückstellung für Alters- teilzeit	243.329,00		50.769,00		192.560,00
Rückstellung Aufbe- wahrung von Ge- schäftsunterlagen	19.800,00	3.600,00		3.600,00	19.800,00
Kosten Versicherungs- mathematik/Aktuar	17.850,00	17.850,00		17.850,00	17.850,00
Interne Jahresab- schlusskosten	16.900,00	16.900,00		17.200,00	17.200,00
Externe Jahresab- schluss- und Prüfkosten	22.153,00	21.301,00		22.153,00	23.005,00
Druck des Geschäfts- berichtes	4.600,00	1.600,00		3.000,00	6.000,00
Rückstellung für Sons- tiges	14.441,45	14.441,45		25.405,00	25.405,00
Summe	894.500,33	136.208,33	54.861,00	188.844,44	892.275,44

Die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen und Altersteilzeit erfolgte durch ein entsprechendes versicherungsmathematisches Gutachten. Bei den Rückstellungen für Versicherungsmathematik / Aktuar und den externen Jahresabschlusskosten wurden die Vorjahreskosten angesetzt.

Für einige betriebliche Aufwendungen, die noch das Jahr 2012 betreffen, wurde eine Rückstellung „Sonstiges“ gebildet, da die entsprechenden Kostenabrechnungen der Dienstleister zum Jahresabschluss noch nicht vorlagen.

## **D. Andere Verbindlichkeiten**

### **D.I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber**

#### **D.I.1. Versicherungsnehmern**

Hier handelt es sich um einbehaltene Rentenbeträge, die mangels Kontenerklärung oder aufgrund falscher Kontenangaben des Versicherungsnehmers nicht ausgezahlt werden konnten, sowie um Erstattungen von zu viel gezahlten Beiträgen.

#### **D.I.2. Mitglieds- und Trägerunternehmen**

Es handelt sich um Rückzahlungsansprüche der Mitglieder. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

#### **D.I.3. Zusatzversorgungseinrichtungen**

Es handelt sich um Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zusatzversorgungseinrichtungen aus Überleitungen von Versicherungsverhältnissen der Pflichtversicherung sowie um Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen aus der Rückforderung von Zulagen nach dem Altersvermögensgesetz. Diese Verbindlichkeiten wurden im Januar 2012 erfüllt.

### **D.II. Sonstige Verbindlichkeiten**

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten sind neben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen die Verbindlichkeiten aus überzahlten Mieten und Nebenkostenvorauszahlungen sowie die treuhänderisch verwalteten Mietkautionen ausgewiesen. Hinzu kommen für die Freiwillige Versicherung Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen aus der Rückforderung von Zulagen nach dem Altersvermögensgesetz. Diese Verbindlichkeiten wurden im Januar 2013 erfüllt.

## **E. Rechnungsabgrenzungsposten**

Unter diesem Posten wird unter anderem die Mietvorauszahlung der mhplus als Mieterin im Verwaltungsgebäude Jakordenstraße 18 - 20 ausgewiesen. Diese Vorauszahlung wird mit jährlich 30.677,52 Euro (= 60.000,00 DM) auf den Mietzins verrechnet.

Außerdem sind hier sonstige Zahlungseingänge aufgeführt, die vor Fälligkeit auf den Konten der ZVK eingegangen sind.



#### **4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

##### **I. Versicherungstechnische Rechnung**

###### **I.1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung**

###### **Pflichtversicherung**

Die Beiträge aus Umlagen in Höhe von 75.859.291,05 Euro sind gegenüber dem Vorjahr um 2.030.216,86 Euro gestiegen. Der Umlagesatz betrug unverändert 5,8 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes.

Die Zusatzbeiträge in Höhe von 41.456.355,17 Euro sind gegenüber dem Vorjahr um 1.690.656,66 Euro gestiegen. Im Jahr 2012 wurde ein Zusatzbeitrag zum Aufbau einer Kapitaldecke in Höhe von 3,2 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes erhoben.

In 2012 wurden von anderen Zusatzversorgungskassen, mit denen eine entsprechende Überleitungsvereinbarung besteht, Beiträge an die ZVK übergeleitet. Diese Position beinhaltet die Summe der 284 (Vorjahr 287) durchgeführten Barwertausgleiche.

Weiterhin sind in diesem Posten Einnahmen zur Abwendung der Rentenkürzung wegen Versorgungsausgleiches (5 Fälle), Einnahmen aus einer Schadensersatzzahlung sowie Zuschläge zu Umlagen von einem Mitglied enthalten.

###### **Freiwillige Versicherung**

Hier sind die für das Jahr 2012 eingegangenen Beiträge zur Freiwilligen Versicherung in Höhe von 3.880.486,13 Euro ausgewiesen. Diese stiegen gegenüber dem Vorjahr um 88.913,40 Euro (2,3 %).

In diesem Posten sind zudem die im Jahr 2012 durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (ZfA) überwiesenen Zulagen nach der „Riester“-Förderung ausgewiesen. Diese werden wie die Beiträge dem jeweiligen Versicherungskonto gutgeschrieben und entsprechend der Punktetabelle bewertet.

Außerdem enthält dieser Posten die Gegenwertzahlung für Vertragsübertragungen von anderen Altersvorsorgeanbietern. Im Jahr 2012 fielen hier 3 Geschäftsvorfälle an (Vorjahr 7).

###### **I.2. Erträge aus Kapitalanlagen**

###### **I.2.a Erträge aus Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Der Betrag in Höhe von 534.691,75 Euro (Vorjahr 513.348,19 Euro) beinhaltet mit 172.987,16 Euro (Vorjahr 163.221 Euro) die Miet- und Nebenkosteneinnahmen des Wohngebäudes Böckingstraße, Rheingalerie Haus C, sowie das Mietentgelt und die anteiligen Mietnebenkosten für das Verwaltungsgebäude Jakordenstraße in Höhe von 361.704,59 Euro (Vorjahr 347.303,77 Euro). Im Geschäftsjahr 2012 wurde für den selbstgenutzten Teil des Gebäudes eine kalkulatorische Miete in Höhe von 99.530,42 Euro (Vorjahr 105.172,44 Euro) vereinnahmt. Diese kalkulatorische Miete wird durch einen entsprechenden Mietaufwand im Rahmen der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung kompensiert.

## I.2.b Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Zinsen und ähnliche Erträge aus Vermögensanlagen der ZVK:

Ertragsausschüttungen KÖZU-FundMaster	4.636.753,12 Euro
Ertragsausschüttungen Immobilienfonds	1.623.312,30 Euro
Inhaberschuldverschreibungen	1.141.207,36 Euro
Namensschuldverschreibungen	
Von Mitgliedern	1.604.120,00 Euro
Öffentliche Namenspfandbriefe	790.330,00 Euro
Sonstige Namensschuldverschreibungen	1.883.276,79 Euro
Schuldscheinforderungen und Darlehen	
Schuldscheinforderungen	12.166.293,26 Euro
Darlehen an die Stadtwerke Köln GmbH (SWK)	321.893,23 Euro
Darlehen an die Wohnungsgesellschaft der WSK	283.795,75 Euro
Termin- und Festgeldzinsen	338.431,15 Euro
Summe	<hr/> 24.789.412,96 Euro

## I.2.c Erträge aus Zuschreibungen

Erträge aus Zuschreibungen entstanden bei der Pflichtversicherung durch Wertaufholung in Höhe von 494.644,76 Euro des Gebäudes der Böckingstraße.

## I.2.d Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

In der Pflichtversicherung wurden durch die Rückgabe von Anteilen am KÖZU-FundMaster Stille Reserven in Höhe von 3.561.259,81 Euro realisiert. In der Freiwilligen Versicherung wurde durch den Verkauf eines Wertpapiers 43.200,00 Euro Gewinn erzielt.

## I.3. Aufwendungen für Versicherungsfälle

### I.3.a Zahlungen für Versicherungsfälle

#### Pflichtversicherung

Die Rentenleistungen betragen insgesamt 86.624.942,11 Euro und sind damit gegenüber dem Vorjahr um 1,6 % (Vorjahr + 0,88 %) gestiegen. Maßgeblich für diese Steigerung sind im Wesentlichen die zum 01.07.2012 vorgenommene Dynamisierung der Betriebsrenten sowie die leichte Zunahme bei der Anzahl der Betriebsrentenempfängerinnen und Betriebsrentenempfänger.

In 41 Fällen wurden Renten aus der Pflichtversicherung nach der ZVK-Satzung abgefunden. Es entstanden Aufwendungen in Höhe von 95.402,20 Euro.

In 305 Fällen (Vorjahr 166) wurden Beiträge an andere Zusatzversorgungskassen, mit denen ein entsprechendes Abkommen besteht, übergeleitet beziehungsweise ein Barwertausgleich durchgeführt (1.988.475,38 Euro).

Beiträge im Rahmen des Eheversorgungsausgleichs (§ 225.II, SGB VI) wurden in 2012 keine, eine Erstattung (§ 225.I SGB VI) an verschiedene Rentenversicherungsträger in 500 Fällen überwiesen (418.170,96 Euro).

In 55 Fällen (Vorjahr 63) wurden beitragsfrei Versicherten die gezahlten Beiträge beziehungsweise die Eigenbeteiligung an der Umlage erstattet (15.387,07 Euro).

### **Freiwillige Versicherung**

Die Rentenleistungen für die bis zum 31.12.2012 eingetretenen Versicherungsfälle in der Freiwilligen Versicherung betragen 178.488,36 Euro (Vj. 136.680,92 Euro).

Es wurden 118.647,98 Euro für Beitragsabfindungen nach Vertragskündigung an 20 (Vorjahr 18) Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer gezahlt. Bei 5 Versicherungsverträgen wurde das Altersvorsorgevermögen an andere Anbieter (Gesamtbetrag 16.561,52 Euro) übertragen.

In 3 Fällen wurden die Zahlungen an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen des Versorgungsausgleiches geleistet (498,37 Euro). Rückzahlungen von Zulagen an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (ZfA) wurden in Höhe von 36.562,13 Euro geleistet.

#### **I.3.b Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle**

Die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde in der Pflichtversicherung um 16.751,59 Euro erhöht (Vorjahr 39.538,70 Euro).

In der Freiwilligen Versicherung betrug die Erhöhung 1.294,63 Euro (Vorjahr 2.216,92 Euro).

#### **I.4 Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen**

Die versicherungstechnischen Rückstellungen betragen in der Pflichtversicherung 55.976.105,04 Euro und in der Freiwilligen Versicherung 4.627.347,01 Euro.

#### **I.5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung**

##### **I.5.a Verwaltungsaufwendungen für Versicherungsverträge**

Der Posten setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

Besoldung der Beamten	342.677,66 Euro
Vergütung an Beschäftigte	323.781,32 Euro
Sonstiger Personalaufwand	219,28 Euro
Gesetzliche soziale Aufwendungen	77.942,43 Euro
Versorgungsbezüge an ehemalige Beamtinnen und Beamte	123.207,92 Euro
Beihilfen an Beamte	46.699,26 Euro
Beihilfen an Beschäftigte	408,07 Euro
Beihilfen an Versorgungsempfänger	5.553,38 Euro
Zusätzliche Altersversorgung (ZVK- Umlage)	37.133,20 Euro
Aufwand für EDV	199.989,87 Euro
Vergütung für bezogene Dienstleistungen	59.658,03 Euro
Telefon- und Postgebühren	40.911,02 Euro
Bürobedarf	14.129,60 Euro
Sonstige Abschreibungen	75.580,95 Euro
Sonstiger Verwaltungsaufwand	93.173,35 Euro
Sonstige Aufwendungen	<u>9.349,34 Euro</u>
	1.450.414,68 Euro

## **Personalkosten**

In den Personalkosten sind die Rückstellungen für im Jahr 2012 nicht in Anspruch genommenen Erholungsurlaub sowie für Altersteilzeit berücksichtigt. Die Personalkosten mit Ausnahme der Urlaubsrückstellung und der Rückstellung für Altersteilzeit werden von der Kasse an die Stadt Köln erstattet.

## **Aufwand für EDV**

Der Posten beinhaltet unter anderem die Kosten der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden und der Bayerischen Versicherungskammer für die Nutzung des dortigen Rechenzentrums sowie die anteiligen Kosten für Betrieb, Reparatur und Wartung der kasseneigenen EDV-Einrichtungen und die Nutzung der vom Rechenzentrum der Stadt Köln zur Verfügung gestellten Leistungen.

## **Vergütung für bezogene Dienstleistungen**

Dieser Posten enthält die anteiligen Kosten an Verwaltungskosten-, Betriebskosten- und Fallkostenerstattungen

## **Sonstige Abschreibungen**

Es handelt sich hier um planmäßige Abschreibungen bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung und bei den immateriellen Vermögensgegenständen.

## **Sonstiger Verwaltungsaufwand**

Dieser Posten beinhaltet die kalkulatorische Miete, Dienstreisen, Entsorgungen, Kontoführungsgebühren, Druckaufträge etc.

## **Sonstige Aufwendungen für Versicherungsverträge**

Dieser Posten enthält den Mitgliedsbeitrag für die Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e.V. sowie den Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen (KAV).

### **I.5.b Sonstige Aufwendungen**

Dieser Posten enthält die anteiligen Kosten für die sonstigen Verwaltungstätigkeiten, die nicht im Zusammenhang mit der Verwaltung von Versicherungsverträgen oder den Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen stehen.

Der Gesamtbetrag setzt sich aus den folgenden Positionen zusammen. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Erläuterungen unter I.6.a verwiesen.

Besoldung der Beamten	84.601,76 Euro
Vergütung an Beschäftigte	79.936,55 Euro
Sonstiger Personalaufwand	54,14 Euro
Gesetzliche soziale Aufwendungen	19.242,77 Euro
Versorgungsbezüge an ehemalige Beamtinnen und Beamte	30.418,11 Euro
Beihilfen an Beamte	11.529,32 Euro
Beihilfen an Beschäftigte	100,75 Euro
Beihilfen an Versorgungsempfänger	1.371,04 Euro
Zusätzliche Altersversorgung (ZVK- Umlage)	9.167,61 Euro
Aufwand für EDV	6.992,35 Euro
Vergütung für bezogene Dienstleistungen	14.728,64 Euro
Telefon- und Postgebühren	5.836,65 Euro
Bürobedarf	3.488,38 Euro
Sonstige Abschreibungen	18.659,76 Euro
Sonstiger Verwaltungsaufwand	22.268,55 Euro
Sonstige Aufwendungen	<u>2.308,21 Euro</u>
	310.704,59 Euro

## I.6. **Aufwendungen für Kapitalanlagen**

### I.6.a **Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen**

Nach der Umstellung auf die Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen werden seit 2011 auch die auf die Verwaltung von Kapitalanlagen anfallenden Personal- und Sachkosten erfasst. Diese waren in den Vorjahren Bestandteil der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und gingen daher nicht in die Berechnung der Nettorenditen der Kapitalanlagen ein.

Folgende Kosten wurden anteilig auf den Funktionsbereich Verwaltung von Kapitalanlagen aufgeteilt:

Besoldung der Beamten	65.130,24 Euro
Vergütung an Beschäftigte	61.538,75 Euro
Sonstiger Personalaufwand	41,68 Euro
Gesetzliche soziale Aufwendungen	14.813,95 Euro
Versorgungsbezüge an ehemalige Beamtinnen und Beamte	23.417,23 Euro
Beihilfen an Beamte	8.875,79 Euro
Beihilfen an Beschäftigte	77,56 Euro
Beihilfen an Versorgungsempfänger	1.055,49 Euro
Zusätzliche Altersversorgung (ZVK- Umlage)	7.057,64 Euro
Aufwand für EDV	5.383,03 Euro
Vergütung für bezogene Dienstleistungen	11.338,77 Euro
Telefon- und Postgebühren	4.493,31 Euro
Bürobedarf	2.685,51 Euro
Sonstige Abschreibungen	14.365,12 Euro
Sonstiger Verwaltungsaufwand	17.143,32 Euro
Sonstige Aufwendungen	<u>1.776,96 Euro</u>
	239.194,36 Euro

Daneben sind unmittelbare Kosten in Höhe von 260.809,25 Euro für die Verwaltung von Kapitalanlagen angefallen. Der Betrag setzt sich zusammen aus den sonstigen Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 93.058,00 Euro sowie den Kosten für den Betrieb der Immobilien inklusive Nebenkosten und Bauunterhaltungskosten in Höhe von 167.751,25 Euro.

### I.6.b **Abschreibungen auf Kapitalanlagen**

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 34.272,90 Euro.

### I.6.c **Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen**

Ausgewiesen ist hier der Kursverlust durch den vorzeitigen Verkauf eines Wertpapiers aus der Freiwilligen Versicherung zur Risikominimierung.

## **Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung**

Das versicherungstechnische Ergebnis weist einen Gewinn in Höhe von 96.701,70 Euro aus.

## II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

### II.1 Sonstige Erträge

Verwaltungskostenerstattung	5.307,22 Euro
Zinsen aus Zusatzbeitrag Pflichtversicherung	6,49 Euro
Zinsen aus Umlagen Pflichtversicherung	11,77 Euro
Zinsen Tagesgeld Pflichtversicherung	47.490,07 Euro
Sonstige Zinsen	152.092,95 Euro
Zinsen Tagesgeld Freiwillige Versicherung	8.623,89 Euro
Sonstige Zinsen Freiwillige Versicherung	10.598,58 Euro
Sonstige betriebliche Erträge	35.090,87 Euro
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	2.269,01 Euro
Periodenfremde Erträge	186,63 Euro
Summe	<hr/> 261.677,48 Euro

### II.2. Sonstige Aufwendungen

Zinsaufwendungen Altersteilzeit	12.166,45 Euro
Zinsaufwendungen Beihilferückstellungen	24.745,55 Euro
Gutachter- und Beraterkosten	25.361,99 Euro
Kosten Jahresabschluss	22.528,00 Euro
Kosten AKA- Tagungen	150,00 Euro
Periodenfremde Aufwendungen	9.886,22 Euro
Summe	<hr/> 94.838,21 Euro

### II.3 Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit weist einen Gewinn in Höhe von 263.540,97 Euro aus.

### II.4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Bereich der Pflichtversicherung sind 68.694,90 Euro und im Bereich der Freiwilligen Versicherung sind 3.486,35 Euro an Kapitalertragsteuer angefallen.

### II.5. Sonstige Steuern

Hier werden die gezahlten Grundsteuern für die im Direktbestand vorhandenen Immobilien in Höhe von 5.983,08 Euro ausgewiesen.

### II.6. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss beträgt 185.376,64 Euro.

## II.7. **Einstellung in Gewinnrücklagen**

Die Einstellung in die Gewinnrücklage der Freiwilligen Versicherung erfolgte entsprechend der Berechnungen des versicherungsmathematischen Gutachtens und des dort ausgewiesenen Überschusses in der Freiwilligen Versicherung.

## II.9 **Bilanzgewinn / Bilanzverlust**

Durch die Einstellungen in die Deckungsrückstellungen wird kein Bilanzgewinn ausgewiesen.

## 5. Mitglieder der Organe der ZVK

### I. Kassenausschuss

Zum 01.07.2012 hat sich der Kassenausschuss für 3 Jahre neu konstituiert.

Stadtdirektor Guido Kahlen

Leiter der Kasse und Vorsitzender des Kassenausschusses

Ltd. StVD Hans-Dieter Körber bis 30.6.  
Herr Rolf Brief, Vorsitzender Personalrat Sparkasse Köln Bonn ab 1.7

Stellvertretender Kassenleiter und Stellvertretender Vorsitzender des Kassenausschusses

#### **Mitgliederververtretung**

StVD Helmut Blömeke  
Stadt Köln

#### **Stellvertretung**

StVD Peter Hoven bis 30.6.  
Stadt Köln  
Herr Bernd Rosenberger ab 1.7.

Christiane Weigand  
Sparkasse KölnBonn

Ltd. StVD Hans Dieter Körber bis 30.6.  
Stadt Köln  
Frau Dorothee Schneider ab 1.7.  
Stadt Köln

Prokurist Manfred Juchem  
KVB AG

Norbert Graefrath  
RheinEnergie AG

Dr. Bernhard Steinmetz bis 30.6.  
Flughafen Köln/Bonn GmbH  
Christian Schu ab 1.7.  
Kliniken der Stadt Köln gGmbH

Christian Schu bis 30.6.  
Kliniken der Stadt Köln gGmbH  
Dr. Bernhard Steinmetz ab 1.7.  
Flughafen Köln/Bonn GmbH

#### **Versichertenvertretung**

Friedel Giesen-Weirich bis 30.6.  
Gesamtpersonalrat der Stadt Köln  
Jörg Dicken ab 1.7.  
Vorsitzender  
Gesamtpersonalrat der Stadt Köln

#### **Stellvertretung**

Wolfgang Heimes  
Gesamtpersonalrat der Stadt Köln



Rolf Brief  
Personalrat  
Sparkasse KölnBonn

Peter Densborn bis 30.6.  
Betriebsrat  
KVB AG  
Robert Stockhausen ab 1.7.  
Betriebsrat  
Kölner Verkehrs-Betriebe Köln AG

Dr. Herbert Blöchl  
Betriebsrat  
Kliniken der Stadt Köln gGmbH

Karl-Heinz Ullrich bis 30.6.  
Betriebsrat  
Flughafen Köln/Bonn GmbH  
Marion Krohn-Muheibesch ab 1.7.  
SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

Gerhard Vollmer  
Betriebsrat  
RheinEnergie AG

Johann Löder  
Betriebsratsvorsitzender  
Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co.  
KG

### **Gastsitze**

Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co.KG  
Betriebsrat SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH  
Bis 30.6. SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH  
Ab 1.7. Betriebsrat Flughafen Köln/Bonn GmbH

## II. Geschäftsführung

VA Thomas Blaeser

Geschäftsführer der ZVK

StVR Helmut Jope (bis 29. Februar 2012)

Stellvertretender Geschäftsführer der ZVK

VA Charlotte Klinnert (seit 21. Februar 2013)

## 6. Ergänzende Angaben

Personal:

Der Beschäftigtenstand (Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte, jedoch ohne Auszubildende) betrug unter Berücksichtigung der anteiligen Personallasten der Beihilfekasse am Jahresende umgerechnet auf Vollzeitstellen:

	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Beamtinnen und Beamte	12,84	13,83
Beschäftigte	11,42	10,75
Summe	24,27	24,58

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen 61.091,88 Euro (Vorjahr 110.042,74 Euro). Hierbei berücksichtigt wurde eine anteilige Personalkostenverrechnung des Geschäftsführers von 50,00 % zulasten der Beihilfekasse, deren Leitung dem Geschäftsführer zusätzlich obliegt. Die deutliche Reduzierung zum Vorjahr basiert auf der im Jahr 2012 seit März unbesetzten Stelle der stellvertretenden Geschäftsführung. Die anteiligen Versorgungsbezüge an ehemalige Geschäftsführer betragen 38.008,98 Euro.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen:

Geschäfte zu nicht marktüblichen Preisen mit nahestehenden Unternehmen oder Personen wurden nicht getätigt.

Zeichnungs-/Übernahmeverpflichtungen:

Aus den Immobilienfonds bestehen per 31.12.2012 noch Verpflichtungen in Höhe von 35.276 TEuro.

Abschlussprüferhonorar

Die im Geschäftsjahr 2012 durch die axis GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft berechneten Honorare für die Abschlussprüfung betragen 17.900,00 Euro netto. Sonstige Leistungen fielen in Höhe von 5.000,00 Euro an.

Köln, den 27.08.2013



Blaeser  
Geschäftsführer



Klinnert  
Stellvertretende Geschäftsführerin

## Anlagenpiegel zum 31.12.2012

Posten des Anlagevermögens	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge		Umbuchungen		Abgänge		Zuschreibungen		Abschreibungen		Bilanzwerte Geschäftsjahr	
	EUR		EUR		EUR		EUR		EUR		EUR		EUR	
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>														
1. Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes nach § 269 Abs. S. 1 HGB	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
2. Entgelt. Erworben. Geschäft-o. Firmenwert	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	424.278,12		0,00		0,00		0,00		89.356,89		334.921,23		334.921,23	334.921,23
4. <b>Summe A.</b>	424.278,12		0,00		0,00		0,00		89.356,89		334.921,23		334.921,23	334.921,23
<b>B.I. Grundstücke, gundstücksgleiche Rechte etc.</b>														
2.001.003,56			0,00		0,00		0,00		494.644,76		34.272,90		2.461.375,42	
<b>B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
3. Beteiligungen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
5. <b>Summe BII.</b>	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
<b>B.III. Sonstige Kapitalanlagen</b>														
1. Aktien, Investmentanteile und andere n.fvz. WP	244.926.006,99		68.029.405,52		0,00		50.438.727,98		0,00		0,00		262.516.684,53	
2. Inhaberschuldversch. und andere fvz.WP	20.777.734,55		2.049.124,77		-780.000,00		260.771,03		0,00		0,00		21.786.088,29	
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenforderungen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen														0,00
a) Namensschuldverschreibungen	92.012.918,81		5.000.000,00		0,00		6.000.000,00		0,00		0,00		91.012.918,81	
b) Schulscheinford. und Darlehen	259.809.944,12		0,00		0,00		15.782.975,60		0,00		0,00		244.026.968,52	
c) Darlehen und Vorausz. auf VS.	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
d) übrige Ausleihungen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	18.500.000,00		33.825.000,00		0,00		0,00		0,00		0,00		52.325.000,00	
6. Andere Kapitalanlagen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	0,00
7. <b>Summe BIII.</b>	636.026.604,47		108.903.530,29		-780.000,00		72.482.474,61		0,00		0,00		671.667.660,15	
<b>Zwischensumme B.I.-III.</b>	<b>638.027.608,03</b>		<b>108.903.530,29</b>		<b>-780.000,00</b>		<b>72.482.474,61</b>		<b>494.644,76</b>		<b>34.272,90</b>		<b>674.129.035,57</b>	
<b>Insgesamt</b>	<b>638.451.886,15</b>		<b>108.903.530,29</b>		<b>-780.000,00</b>		<b>72.482.474,61</b>		<b>494.644,76</b>		<b>123.629,79</b>		<b>674.463.956,80</b>	